



WIR IN GIENGEN SAGEN „JA!“ ZUEINANDER

Integrationsleitfaden
der Stadt Giengen /
Brenz



Inhalt

1.	Integration	2
2.	Integration als kommunale Aufgabe	5
3.	Ausgangslage	10
4.	Bürgerworkshop – IGEL.....	12
5.	Ergebnisse	16
6.	Handlungsmöglichkeiten	19
6.1	Zugang zu Beratung und Hilfestellung	20
6.1.1.	Ziele – WAS	20
6.1.2.	Maßnahmen – WIE.....	20
6.1.3.	Beteiligte – WER	22
6.2.	Sprache – Sprachkompetenz.....	22
6.2.1.	Ziele – WAS	22
6.2.2.	Maßnahmen – WIE.....	23
6.2.3.	Beteiligte – Wer	24
6.3.	Begegnung – Austausch – Miteinander.....	24
6.3.1.	Ziele – WAS	24
6.3.2.	Maßnahmen – WIE.....	24
6.3.3.	Beteiligte –WER	25
7.	Gemeinsam handeln	26
8.	Quellen	26

- Stand: April 2020 -



1. Integration

Begriffe – Verständnis – Rahmen

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 01.01.2005 wurde politisch und gesetzlich anerkannt, dass Deutschland de facto ein Zuwanderungsland ist. Mit dem Ziel, Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen, wurden gesetzliche Rahmenbedingungen für die Integration festgeschrieben. Heute sprechen wir vom sogenannten Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das zuletzt zum 01.03.2020 aktualisiert wurde und immer wieder fortgeschrieben wird.

Ebenso, wie inzwischen das Thema Integration in gesetzlichen Regeln festgeschrieben ist, sind in den letzten Jahren die behördlichen Akteure rund um das Thema, insbesondere das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Mit einer Vielzahl von Hilfestellungen, Maßnahmen und Angeboten soll die Integration gefördert und erleichtert werden. Dadurch stellt sich die Frage, was wir uns unter dem Begriff der Integration vorstellen müssen und wer damit gemeint ist.

Integration ist ein langfristiger Prozess. Ziel ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Zugewanderten soll eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden. Sie stehen dafür in der Pflicht, Deutsch zu lernen sowie die Verfassung und die Gesetze zu kennen, zu respektieren und zu befolgen (Definition BAMF-Glossar 2019).

Es handelt sich dabei aber auch um einen wechselseitigen Prozess: Zugewanderte und Aufnahmegesellschaft müssen gleichermaßen offen füreinander sein und gemeinsam die Verantwortung für das Aufeinander zugehen übernehmen. Notwendige Grundlagen sind Respekt, Toleranz und Verständigung zwischen allen Beteiligten.



Wenn wir von Integration im wissenschaftlichen Sinne reden, lassen sich vier Dimensionen definieren:

- **Strukturelle Integration:**

Chancengleicher Zugang für alle Zugewanderten zu Institutionen, politischen Gemeinschaften, Arbeit, Wohnung, Bildung

- **Kulturelle Integration:**

Annähern und Kennenlernen von vorhandenen kulturellen Denkmustern und Wertevorstellungen der Aufnahmegesellschaft

- **Soziale Integration:**

Mitgliedschaft in sozialen Bereichen der Aufnahmegesellschaft, wie zum Beispiel Vereinen, Nachbarschaft, Freundeskreis

- **Identifikatorische Integration:**

Sie findet auf der subjektiven Ebene der Zugewanderten statt und bedeutet, dass die Bereitschaft besteht, sich mit Strukturen und Werten der Aufnahmegesellschaft zu identifizieren.

Wenn wir uns des Themas Integration annehmen, dann muss man auch wissen, wie definiert wird, um wen es sich bei dem Thema handelt. Viele verschiedene Begriffe werden immer wieder für zugewanderte Menschen genutzt.

EU-Zuwanderer

Unionsbürger/innen und ihre Familienangehörigen, die innerhalb der europäischen Union von ihrem Freizügigkeitsrecht Gebrauch machen



Zuwanderer aus Drittstaaten

Ausländische Staatsangehörige außerhalb des EU-Schengenraumes

Spätaussiedler

Deutsche Volkszugehörige aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und anderen früheren Ostblockstaaten

Flüchtlinge

Der Begriff „Flüchtling“ wird im Alltag vielfach als Synonym für geflüchtete Menschen genutzt, im Verständnis des Asylrechts umfasst er jedoch ausschließlich *anerkannte* Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Das heißt, es sind Personen, die nach Abschluss eines Asylverfahrens den Flüchtlingsschutz erhalten haben. Darüber hinaus gibt es allerdings drei weitere Schutzformen, bei deren Vorliegen Asylrecht gewährt werden kann. Als zuständige Behörde für die Umsetzung des Asylrechts unterscheidet das BAMF genauer:

Asylsuchende

Personen, die beabsichtigen, einen Asylantrag zu stellen, und die noch nicht als Asylantragstellende beim BAMF erfasst sind

Asylantragstellende

Personen, die sich im Asylverfahren befinden und deren Verfahren noch nicht entschieden ist

Schutzberechtigte sowie Bleibeberechtigte

Personen, die eine Asylberechtigung, einen Flüchtlingsschutz oder subsidiären Schutz erhalten oder aufgrund eines Abschiebungsverbots in Deutschland bleiben dürfen (Definition BAMF, Glossar 2019)

Wir stehen als städtische Gemeinschaft gemeinsam mit allen Bürgern in der Verantwortung des Themas Integration. Unser Ziel soll ein gelingendes Miteinander sein. In Giengen gemeinsam leben – mit diesem Motto wollen wir allen Bürgern gerecht werden.



2. Integration als kommunale Aufgabe

Haupt- und Ehrenamt gemeinsam

Mit der großen Zahl von Geflüchteten, die seit 2015 verstärkt nach Deutschland zugewandert sind, ist auch in unserer Stadt das Thema Integration in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt.

Das ist gut:

Integration ist ein Thema, das alle Menschen der städtischen Gemeinschaft angeht. Nur gemeinsam kann es gelingen, das Thema positiv zu gestalten und miteinander einen gemeinsamen Weg zu finden.

Die Stadt Giengen hat bereits in früherer Zeit Zuwanderung erlebt; zuletzt verstärkt in den 1990er Jahren mit der Zuwanderung von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion. Aber auch andere europäische und sonstige Zuwanderer prägen die Reichhaltigkeit in unserer Stadt und bereichern unseren Alltag in vielfältiger Weise.

Mit der Einrichtung des Treffpunkt Integration – hauptamtlichen Mitarbeitern als Integrationsbeauftragte und Integrationsmanagern – ist ein erster Schritt zu einer Schnittstelle zwischen Zuwanderung, Migration und vorhandenen kommunalen Strukturen bereits 2016 geschaffen worden. Die Gestaltung des Miteinanders, das Bereithalten und der Zugang zu allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens wollen und sollen für alle unsere Bürgerinnen und Bürger gelingen und möglich sein.

Für uns gilt dabei der Handlungsrahmen gemäß den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände:

Auszug aus den Empfehlungen, veröffentlicht auf der Homepage des Deutschen Städtetages:

Gelungene Integration setzt nicht nur eine integrationswillige Aufnahmegesellschaft voraus, sondern auch die Bereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund zur Integration. Mit dem Integrationsgipfel ist es gelungen, dem Integrationsthema auch auf Bundesebene den notwendigen Stellenwert zu verleihen. Schon seit etlichen Jahren gehen die Kommunen die Aufgabe der Integration an und haben einen wichtigen Beitrag für Integration und den gesellschaftlichen Frieden geleistet. Zahlreiche gute Beispiele zeugen in



vielfältiger Weise von gelungenen Integrationsmaßnahmen vor Ort. Diese Vielfalt ist ein Beleg für das Potenzial der kommunalen Selbstverwaltung, die es auch für die Zukunft zu erhalten gilt.

Selbstverpflichtung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände

Für eine Fortsetzung und Verstärkung kommunaler Integrationsprozesse verpflichtet sich die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände,

- *der Mitgliedschaft Anregungen u. Informationen, z. B. durch Erfahrungsaustausch und Best-Practice, zu liefern und damit*
- *deren Integrationsbemühungen zu begleiten,*
- *die Mitgliedschaft mit Empfehlungen zu unterstützen*
- *und als Sprachrohr kommunale Änderungsbedarfe gegenüber Bund und Ländern vorzubringen, um so gemeinsam einen Beitrag für die Nachhaltigkeit der Integrationsbemühungen zu leisten.*

1. Integration als kommunale Querschnittsaufgabe

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- *der Integration eine hohe kommunalpolitische Bedeutung beizumessen,*
- *Integration als ressortübergreifende Aufgabe in der Kommunalverwaltung zu verankern und ihrer Bedeutung entsprechend anzusiedeln,*
- *kommunale Gesamtstrategien, die den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen angepasst sind, zu entwickeln und fortzuschreiben.*

2. Unterstützung lokaler Netzwerke

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- *sich für eine stärkere Vernetzung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure einzusetzen und erforderlichenfalls Vernetzungen zu initiieren,*
- *dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten als zentraler Akteur zur Koordinierung und Abstimmung der verschiedenen Integrationsbemühungen aufzutreten.*



3. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen zu erhöhen,
- Mitarbeiter/innen in der Weise fortzubilden, dass dem Ziel der Kund*innenfreundlichkeit und dem Bedarf an interkultureller Kompetenz in der Verwaltung noch wirkungsvoller Rechnung getragen werden kann.

4. Gesellschaftliche Integration durch Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- bürgerschaftliches Engagement von, für und mit Migranten zu unterstützen und zu fördern,
- Menschen mit Migrationshintergrund stärker an den Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen in den unterschiedlichsten Bereichen des sozialen und politischen Lebens zu beteiligen
- und dabei auch für die Einbeziehung der weiblichen Migrationsbevölkerung einzutreten,
- die Kompetenzen der Zuwanderer als Multiplikatoren und Konfliktmoderatoren stärker einzubeziehen.

5. Sprache und Bildung

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- als Lotsen Zuwanderer bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten des Bundes und der Länder (zum Beispiel durch Information über entsprechende Angebote) zu unterstützen und zu den Angeboten hinzuführen,
- durch kommunale Maßnahmen das Bildungsangebot zu ergänzen und
- diese Angebote mit denen des Bundes und der Länder zu vernetzen.

6. Berufliche Integration

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- als Träger von Aufgaben nach dem SGB II die berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund mit ihren flankierenden Maßnahmen zu unterstützen,
- auch in ihrer Rolle als Arbeitgeber einen unmittelbaren Beitrag zur beruflichen Integration zu leisten.



7. Sozialräumliche Integration

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- in Sozialräumen mit Integrationsdefiziten durch Quartiersmanagement und Netzwerkbildung das Zusammenleben zwischen den Bevölkerungsgruppen zu fördern,
- mit niedrighschwelligem sozialen und kulturellen Angeboten die Lebensqualität im und die Identifikation mit dem Quartier zu stärken,
- von Förderinstrumenten zur Stärkung benachteiligter Quartiere, wie zum Beispiel das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und die Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF) stärker Gebrauch zu machen.

8. Förderung lokaler ethnischer Ökonomie

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- im Rahmen kommunaler Wirtschaftsförderungskonzepte der zunehmenden Bedeutung der ethnischen Ökonomie Rechnung zu tragen,
- in der Bevölkerung und der Verwaltung das Bewusstsein für das Potenzial der ethnischen Ökonomie zu wecken und für den kommunalen Wirtschaftsstandort zu nutzen.

9. Stärkung des Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- auch weiterhin energisch extremistische und fremdenfeindliche Bestrebungen zu bekämpfen und Fremdenfeindlichkeit in allen Ausprägungen entgegenzutreten,
- örtliche Netzwerke gegen Extremismus und für Toleranz zu unterstützen.

10. Information und Evaluation

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden,

- über die vor Ort verfügbaren Integrationsangebote in geeigneter Weise zu informieren,
- im Interesse der Effektivität der lokalen Integrationspolitik und eines wirkungsvollen Ressourceneinsatzes ihre Integrationsbemühungen zu dokumentieren, zu evaluieren und gegebenenfalls zu optimieren.

Angesichts der sehr unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort in den mehr als 12.000 deutschen Kommunen können die Empfehlungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände nur den Rahmen bilden, der an die



örtlichen Verhältnisse – insbesondere unter Berücksichtigung der Haushaltslage der jeweiligen Kommune – angepasst werden muss.

Neben den hauptamtlichen Akteuren kommt dem großartigen bürgerschaftlichen Engagement vieler Mitmenschen der städtischen Gemeinschaft eine große Bedeutung für das Gelingen eines gemeinsamen Miteinanders in Gingen zu. Gerade diese Angebote bauen regelmäßig die Brücken und sind Türöffner für gesellschaftliche Integration.

Das bürgerschaftliche Engagement für, aber auch von Migrantinnen und Migranten in Deutschland, hat eine lange Tradition. Ob im Rahmen der Wohlfahrtsverbände, in interkulturellen Ausländer- und Asylbewerberinitiativen, der Antirassismusbearbeitung oder der Flüchtlingshilfe – Integrationsarbeit wird seitens der Engagierten nicht nur im Bereich Asyl, sondern auch in anderen Bereichen geleistet.

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland ist sehr vielfältig, basiert auf „Eigeninitiative, Mitgestaltung und Beteiligung“ (BAMF 2009, S. 20) und dient dem Erwerb neuer Kompetenzen und Fertigkeiten. Durch Engagement werden Verantwortung übernommen, die soziale und fachliche Kompetenz und die „Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit“ (BAMF 2009, S. 20) erhöht und verbessert. Durch Ehrenamt kann Integration stattfinden, da sich hierbei Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern und Kulturen begegnen (vgl. BAMF 2009, S. 20). Gesellschaftliche Teilhabe und Integration unterstützen sich gegenseitig: Je besser man integriert ist, umso eher beteiligt man sich und je mehr man sich beteiligt, umso besser gelingt die Integration.

Durch die ehrenamtliche Unterstützung bei der Integration von Flüchtlingen und anderen Zuwanderern ergeben sich neue Kontakte und ein weiterer Zugang zu sozialen Netzwerken. Gleichzeitig sind die engagierten Ehrenamtlichen Multiplikatoren. Durch den direkten Kontakt mit neu zugewanderten Menschen werden eigene Vorurteile korrigiert und die positiven Erfahrungen an die Aufnahmegesellschaft weitergegeben: eine gewinnbringende Zusammenarbeit für alle Beteiligten und ein wichtiger Impuls in unsere städtische Gesellschaft.

Dieses bürgerschaftliche Engagement ist gelebte Integration. Denn Integration gelingt nicht alleine durch staatliche Maßnahmen, sondern durch die Öffnung der Gesellschaft für neue Mitbürger/innen und neue



Kulturen. Gemeinsam Hand in Hand füllen wir das Motto unseres Handlungsleitfadens: In Giengen gemeinsam leben – so kann Integration gelingen.

3. Ausgangslage

Standpunkt – Prozess – Ziele

Nach dem Aufbau des Treffpunkts Integration als Anlauf- und Schnittstelle für alle Integrationsbelange der Bürger/innen sowie der Etablierung eines Netzwerkes an Partnern für das Thema Integration ist es der Stadtverwaltung wichtig, gemeinsam mit allen Beteiligten Integration zukunftsweisend für unsere städtische Gemeinschaft zu verankern.

Im März 2018 hat sich die Möglichkeit der Bewerbung um eine Förderung zur Begleitung und Unterstützung bei der Erstellung eines Konzeptes oder Leitfadens für die Zukunft durch die Führungsakademie Baden-Württemberg ergeben:

Integration durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft

Integration...

... braucht Zeit, einen Plan und das Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner. Zentrale Fragen sind: Wie sorgen wir für ein gutes Zusammenleben aller Menschen mit und ohne Migrationshintergrund? Wie kommt die Gesamtbevölkerung gut ins Boot?

Das Ziel...

... ist eine ganzheitliche Integrationsstrategie, die von allen Bevölkerungsgruppen, einschließlich Flüchtlingen und Migranten, von Politik und Verwaltung gemeinsam erarbeitet wird. Tragfähige Beteiligungs- und Arbeitsstrukturen werden weiterentwickelt.

Die Prozessbegleitung...

... durch die Führungsakademie unterstützt Sie mit einem individuell auf die Gegebenheiten vor Ort abgestimmten Prozess. Ein kompetentes Moderationsteam geht den Weg mit Ihnen Schritt für Schritt, moderiert und coacht die Beteiligten. Diese Prozessbegleitung ist für Kommunen und Landkreise kostenlos. Sie findet vom Sommer 2018 bis November 2019 statt.



Die Stadtverwaltung bewarb sich um eine solche Unterstützung und wurde als eine von 23 Modellkommunen zur Begleitung des Prozesses durch die Führungsakademie Baden-Württemberg ausgewählt.



FÜHRUNGS-AKADEMIE
BADEN-WÜRTTEMBERG

vielen Dank für Ihre Interessenbekundung an unserer Prozessbegleitung für Kommunen und Landkreise. Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass die Steuerungsgruppe Sie für die Prozessbegleitung ausgewählt hat.

Nach verschiedenen Workshop-Treffen, Austausch mit unseren Prozessbegleitern und mit anderen am Förderprojekt der Führungsakademie Baden-Württemberg beteiligten Kommunen wurde gemeinsam ein Prozess zur Erstellung eines künftigen Integrationsleitfadens für Giengen festgelegt.

Dieser Prozess sollte

- möglichst alle wichtigen Partner/Beteiligten für Integration einbinden,
- ermöglichen, für die Zukunft von der Erfahrung bereits Zugewanderter aus früheren Jahren zu lernen,
- ein Austausch auf Augenhöhe sein.

Dieser Prozess sollte aufzeigen,

- in welchen Handlungsfeldern wir künftig stärker agieren wollen und
- wer an künftigen Handlungsmaßnahmen/-empfehlungen beteiligt sein könnte oder sollte.



4. Bürgerworkshop – IGEL

Nachdem der Prozess zur Erstellung eines gemeinsamen Integrationsleitfadens in der Vorbereitung festgelegt war, haben sich ca. 50 Teilnehmer/innen aus allen Bereichen des städtischen Lebens am 14.07.2019 unter dem Motto „IGEL – In Giengen gemeinsam leben“ zu einem Workshop im Blauen Saal der Walter-Schmid-Halle getroffen.

Um möglichst alle Bereiche des städtischen Lebens und Miteinanders durch die Expertise unserer Teilnehmer/innen abzudecken, waren zu diesem Workshop Stadträte, Mitarbeiter des Rathauses, der Schulen, der Sportvereine, der Kulturvereine und der Wohlfahrtsverbände eingeladen; ebenso Geflüchtete und speziell auch junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, um die Vielfalt unserer Stadt angemessen zu repräsentieren. Wichtig war bei der Durchführung, dass viele Impulse, Erfahrungen, Meinungen, Anregungen und Ideen aus unterschiedlichen Blickwinkeln zum Ausdruck kommen konnten.

Herr Oberbürgermeister Henle begrüßte zur Workshop-Eröffnung die Teilnehmer/innen, gab einen Abriss über die bisherige erfolgreiche Integrationsarbeit in der Stadt Giengen sowie einen kurzen Ausblick auf den Tag und die Erstellung des hier vorliegenden Leitfadens.



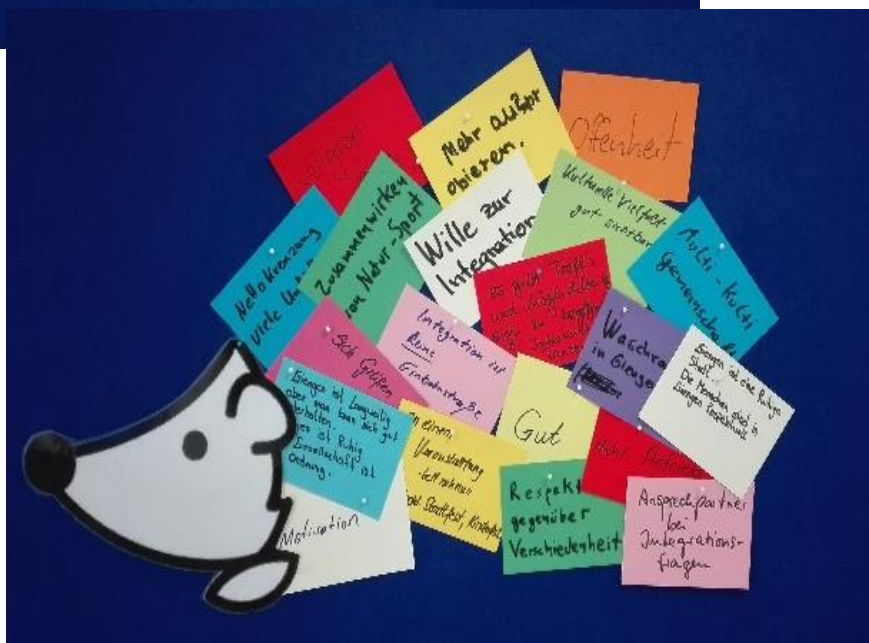
Als Prozessbegleiterin und Moderatorin übernahm Frau Dr. Ehlers von der Führungsakademie Baden-Württemberg im Weiteren die Einweisung der Teilnehmer/innen in den Workshop.



In einem ersten Schritt haben die Teilnehmer/innen den Giengener „IGEL“ unter der Fragestellung

„In Giengen gemeinsam leben – Was bedeutet das für Sie?“

zur Rückmeldung von Gefühlen, Erfahrungen, Werten des Miteinanders gefüllt. Die Teilnehmer/innen hatten Gelegenheit, zwanglos miteinander und über das Thema ins Gespräch zu kommen.



Im zweiten Workshop-Teil war es Ziel, festzulegen, in welchen Bereichen man sich künftig gemeinsam und stärker füreinander und für die Integration engagieren soll. Dementsprechend lautete die Aufgabe des Workshops:

„Vom Willkommen zum Ankommen – zur Integration, das heißt zum gemeinsamen Leben in Giengen – Welche Themen sind uns dazu wichtig? Wo müssen/wollen wir handeln?“

Die Teilnehmenden fanden sich dazu in verschiedenen Gruppen zu Diskussionsrunden zusammen, um miteinander Rückmeldung zu geben, was ihnen für ein gelingendes Miteinander wichtig ist und in welchen Bereichen man sich gemeinsam engagieren möchte.



Die Ergebnisse dieser Diskussionsrunden wurden nach übergeordneten Themenbereichen sortiert und unter der dritten Fragestellung des Workshops nochmals vertiefend bearbeitet:

Was?

Benennung eines kleineren Themas aus den übergeordneten Themenfeldern.

Wie?

Wie soll das Thema bearbeitet werden, wie gelingt eine Lösung?

Was oder wen braucht es dafür?



Welche Mittel oder Personen braucht es, um die Lösung herbeizuführen?

Bis wann?

Bis wann soll die Lösung vorliegen? Wie sieht der Zeitplan aus?

Die Workshop-Teilnehmer/innen fanden sich dazu in neuen, kleineren Diskussions- und Arbeitsgruppen zusammen und ergänzten die Themenfelder mit möglichen Handlungsansätzen.

An dieser Stelle ein herzliches Danke an das Engagement der Teilnehmer/innen, die auf diese Weise wertvolle Impulse für unsere zukünftigen Handlungsfelder und unser gemeinsames Engagement gegeben haben!



5. Ergebnisse

Wir haben unsere Bürger/innen befragt, was es für sie bedeutet, gemeinsam in Giengen zu leben. Wir haben viele Rückmeldungen in Form von kurzen Schlagworten bekommen und meinen, dass wir diese verschiedenen Rückmeldungen in verschiedene Kategorien einordnen können:

Wo stehen wir?

Unsere Bürger/innen verbinden mit dem gemeinsamen Leben in Giengen eine Reihe von Begriffen:

- Heimat
- Sprache
- Integration
- Vertrautheit
- Freundschaft
- kulturelle Vielfalt
- Offenheit

Was ist uns dabei wichtig?

Für das gemeinsame Leben ist ihnen wichtig, dass

- alle Kulturen willkommen sind,
- keine Vorurteile bestehen,
- friedlich zusammengelebt wird,
- respektvoll miteinander umgegangen wird,
- jede/r seine Religion leben kann,
- jede/r mutig ausprobieren darf, wie sie/er leben möchte.



Wo haben wir Sorge?

In manchen Bereichen haben uns die Bürger/innen wissen lassen, dass sie sich Verbesserung wünschen.

- Auch wenn Giengen ruhig ist, gibt es Menschen, deren Sicherheitsgefühl nicht ausreichend ist und
- fehlende Sprachkenntnisse stellen eine Barriere für ein gelingendes Miteinander dar.
- Zudem sollten alle Bürger/innen an gemeinsamen Veranstaltungen teilnehmen können und ein Austausch der verschiedensten Kulturen untereinander möglich sein.

In einem zweiten Schritt haben wir unsere Bürger/innen gefragt, welche Themen ihnen in Giengen beim Thema Willkommen-Ankommen-Integration wichtig sind.

In konstruktiven Diskussionen in kleineren Arbeitsgruppen haben wir Rückmeldung erhalten, was für Themen unsere Bürger/innen beschäftigen.

Die vielen Rückmeldungen konnten in mehrere Themenbereiche zusammengefasst werden.

Die Themenbereiche, die den Bürgern am Herzen lagen, lauten:

- Familie und Bildung
- Freizeit/Vereine/Feste
- Institutionen
- Sprache
- verschiedene Lebensgrundlagen

Ein Blick in die vielfältigen Rückmeldungen zeigt, dass unseren Bürgern die Themen Wohnung, Bildung, Arbeit sehr wichtig sind. Es wurde deutlich, dass diese Themen alle Beteiligten im Grundsatz beschäftigen, aber für das Zusammenleben in Giengen wenig konkrete Anliegen formuliert wurden. Vielmehr wurde deutlich, dass für diese Themen ein gutes,



leicht zugängliches Beratungsangebot als Schnittstelle und Ansprechpartner in unserer Stadt große Bedeutung hat.

Eine Vielzahl von Rückmeldungen bekräftigte den Wunsch nach mehr Beratung und mehr Bekanntmachung vorhandener Unterstützungsangebote.

Weiterer wichtiger Bereich zum Thema gelingendes Zusammenleben und Integration ist die Thematik Sprache. Unsere Bürger/innen wünschen sich, dass es mehr einfache zugängliche Möglichkeiten für Sprachkurse in Giengen gibt. Insbesondere auch für Menschen, die nicht an den vom BAMF geförderten Kursen teilnehmen können. Dies gilt für Erwachsene aber auch für Unterstützungsbedarfe bei Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich.

Das wichtigste Thema für unsere Bürger/innen war aber „Gemeinsam-Begegnung-Austausch-Miteinander“. Übergreifend in allen bearbeiteten Themenfeldern haben uns die Workshop-Teilnehmer/innen rückgemeldet, dass Austausch, gemeinsame Teilnahme, gemeinsame Organisation, Verantwortung und Durchführung von Aktivitäten für ein gelingendes Miteinander sorgen. In diesem Bereich kamen auch viele Vorschläge und Handlungsansätze für künftige Projekte, die den Zusammenhalt unserer städtischen Gemeinschaft noch weiter stärken und unterstützen sollen.

Beispielhaft seien hier aufgezählt:

- internationale gemeinsame Feste
- Bürgercafé
- Elterncafé
- interkultureller Garten
- Treffpunkte/Austauschplattform
- Koordination von Vereinskommunikation bzw. -austausch untereinander

Die vielen Teilnehmer/innen aus allen Bereichen unseres städtischen Lebens, der konstruktive Austausch und die vielen positiven Rückmel-



dungen zeigen, dass mit der Integrationsarbeit in Giengen ein guter Weg eingeschlagen wurde.

Wir möchten die Rückmeldungen im Folgenden, auch mit zum Teil bereits erarbeiteten Handlungsempfehlungen und möglichen Ergänzungen aus der Integrationsarbeit in anderen Netzwerken, in ein Konzept bzw. in Möglichkeiten und Anregungen zusammenfassen, die der Stadtverwaltung, den Bürgern und allen hier in Giengen am städtischen Leben Beteiligten Leitfaden sein sollen.

6. Handlungsmöglichkeiten

Was wir gemeinsam tun können

Wie bereits dargelegt, haben die Bürger/innen für das Zusammenleben wichtige Themenbereiche benannt. Für die gemeinsame zukünftige Arbeit rund um die Integration lassen sich drei größere Bereiche definieren. Zum einen sollte das Thema *Zugang zu verschiedenen Angeboten der Beratung und Hilfestellung für Bürger/innen mit und ohne Migrationshintergrund* bearbeitet werden.

Zum anderen wünschen sich unsere Bürger/innen im Bereich *Sprache/ Sprachkompetenz* sowie rund um das Thema *Begegnung – Austausch – Miteinander* Impulse und Ideen.

Im Folgenden möchten wir uns daher darum bemühen, aus den Rückmeldungen Ziele, Maßnahmen und Beteiligte für die Handlungsempfehlungen zu formulieren.

Für jedes Themenfeld wurden daher

Ziele – WAS

Maßnahmen – WIE

Beteiligte – WER

festgelegt.



6.1 Zugang zu Beratung und Hilfestellung

6.1.1. Ziele – WAS

Jede/r Bürgerin/Bürger sollte wissen, wo sie/er Beratung und Hilfestellung nachfragen kann oder wo sie/er Unterstützung erhält.

Grundsätzlich bestehen in vielen Bereichen des täglichen Lebens gute Unterstützungsmöglichkeiten und Hilfsangebote durch Beratungsstellen und Wohlfahrtsverbände. Ebenso gibt es viele Einrichtungen, die jedem offen stehen und die persönliche Beratung oder manchmal sogar finanzielle Unterstützung anbieten. Demgegenüber gibt es behördliche Vorgänge, die nicht ohne Weiteres und einfach für jede/n, insbesondere für Zugewanderte aus anderen Ländern, zu leisten sind.

Um bei den vielen Angeboten sowie verschiedenen Ansprechpartnern und Orten den jeweils Richtigen zu finden, benötigt man genaue Kenntnis der vorhandenen Strukturen und Netzwerke sowie manchmal auch Fachwissen, um eventuelle Bedarfe an den richtigen Stellen nachzufragen. Dies ist schwierig und stellt für viele Menschen eine Herausforderung und Hürde dar.

6.1.2. Maßnahmen – WIE

Bereits seit Juli 2016 hat die Stadt Giengen die Stelle eines/r hauptamtlichen Integrationsbeauftragte/n eingerichtet; diese wurde ab November 2019 auf eine Vollzeitstelle (bisher 50 %) aufgestockt. Integrationsbeauftragter Herr Gonsior ist über den Anstellungsträger eva Heidenheim gGmbH beauftragt und wirkt dabei anteilig in einer interkommunalen Vereinbarung auch in der Gemeinde Hermaringen.

Mit dem Pakt für Integration hat das Land Baden-Württemberg den Städten und Gemeinden mehrere Bausteine zur Verfügung gestellt, wie Integration vor Ort gelingen kann. Der Pakt dient auch dazu, einen Überblick über vorhandene Strukturen und Unterstützungsangebote zu geben sowie aufzuzeigen, wer welche Leistungen erbringt oder in Anspruch nehmen kann. Aufgrund dieser Voraussetzungen hat die Stadt Giengen bereits im Jahr 2016 den Treffpunkt Integration etabliert. Mit der Unterstützung von Integrationsmanagern, die in jedem Einzelfall den Men-



schen als Lotsen durch Unterstützungsangebote und im Alltag zur Seite stehen, konnte das Angebot im Treffpunkt Integration erweitert werden. Seit 2019 wurde dieser sogar in die Fußgängerzone als niedrigschwelliges Angebot verlegt. Seitdem hat die Besuchsfrequenz deutlich zugenommen.

Es geht also bei den hier gefragten Maßnahmen darum, wie für einen noch besseren Bekanntheitsgrad des bestehenden Beratungsangebotes gesorgt werden kann. Wir empfehlen daher:

- Zusätzlich zum Treffpunkt Integration wurde im August 2019 auch die Möglichkeit geschaffen, sich online über Angebote dessen zu informieren. Eine eigene Homepage wurde unter dem Link www.treffpunkt-integration-giengen.de freigeschaltet. Eine englische Version besteht, weitere Mehrsprachigkeit ist geplant.
- Flyer sollen grundsätzlich mehrsprachig und auch in „Leichter Sprache“ verfügbar sein.
- Der Treffpunkt Integration könnte noch besser von außen beschriftet werden, um das Augenmerk von Bürgern auf diese Beratungs- und Netzwerkstelle zu richten.
- Das Bürgerbüro und die Ausländerbehörde könnten Informationsflyer an jede/n Besucherin/Besucher ausgeben und auf das Angebot im Treffpunkt Integration hinweisen.
- Kulturvereine sollten innerhalb ihres Vereins auf das Angebot des Treffpunkts Integration aufmerksam machen.
- Mitarbeiter/innen des Treffpunkts Integration könnten das Angebot innerhalb der Vereine vorstellen.
- Beim regelmäßigen Neubürgerempfang kann das Angebot mit Flyern und durch Mitarbeiter/innen beworben werden.
- Angebote des Treffpunkts Integration können regelmäßig in den Stadtnachrichten bekannt gemacht werden.
- Regelmäßige Informations- oder Themenveranstaltungen im Treffpunkt Integration machen diesen Ort als Informations- und Beratungsstelle bekannt.



- Tage der offenen Tür mit unterschiedlichen Programmschwerpunkten können die Bekanntheit steigern.
- Neben den Helfern des Freundeskreises Asyl könnten Lotsen zu Informationsstellen Hilfestellung für Zugewanderte anbieten.
- Feste Ansprechpartner/innen in Kulturvereinen könnten Lotsenfunktion wahrnehmen.

6.1.3. Beteiligte – WER

Alle Maßnahmen erfordern eine Mitarbeit der zuständigen Integrationsmitarbeiter/innen des Amtes für Bildung und Soziales sowie eine Unterstützung durch Bürger/innen, Vereinigungen und Vereine – insbesondere Kulturvereine.

6.2. Sprache – Sprachkompetenz

6.2.1. Ziele – WAS

Mehr Angebote zum Erwerb und zur Vertiefung von deutschen Sprachkenntnissen für Zugewanderte und Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft für Hürden

Grundsätzlich ist Sprache als ein Schlüssel für die Integration anzusehen. Es ist daher für alle zugewanderten Menschen von großer Bedeutung, dass sie die Möglichkeit haben, die deutsche Sprache zu erlernen. Mit Integrationskursen hat das BAMF einen grundsätzlichen Zugang zu Sprachkursen für viele Menschen geschaffen. Leider nicht für alle bei uns in Giengen beheimateten Menschen, denn eine Vielzahl von Auswahlmöglichkeiten und Angeboten existieren nicht direkt vor Ort.

Das Angebot der Integrationskurse, der Träger und Orte wird direkt vom BAMF festgelegt und ist für den ganzen Landkreis Heidenheim geregelt. Eine Übersicht über alle Angebote wird in der sogenannten Integreat-App sehr übersichtlich und mehrsprachig für alle Interessierten zur Ver-



fügung gestellt – auch offline. Der Zugang zu diesen Kursen ist jedoch gesetzlich geregelt und kann nicht einseitig auf Wunsch unserer Bürger/innen verändert werden. Trotzdem besteht für viele Zugewanderte und deren Unterstützer und Helfer/innen der Wunsch nach mehr Angeboten.

6.2.2. Maßnahmen – WIE

Sprache ist eine Schlüsselqualifikation für das Ankommen in der Gesellschaft. Verständlich ist daher der Wunsch von zugewanderten Bürgern (neu oder schon länger in Giengen lebend) nach Angeboten und auch der Wunsch nach einer Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft für eventuelle Hürden und Barrieren.

Wir empfehlen daher:

- Ausbau von Sprachkursangeboten durch die VHS
- Sprachkurse sollten auch Kinderbetreuung vorsehen/anbieten
- Konversationsgruppen als „Stammtische“ zum Üben etablieren.
- Kulturvereine könnten mit Unterstützung durch Schulungsangebote selbst Sprachkurse in den Vereinen anbieten.
- Fördervereine könnten finanzielle Unterstützung für kostenpflichtige Kursangebote bieten.
- Schüler/innen können Schüler/innen in der eigenen Schule im Sprachtandem unterstützen.
- Lehrkräfte könnten für Hürden durch interkulturelle Schulungen sensibilisiert werden.
- Themenwoche zu Sprachangeboten mit Infoständen im Treffpunkt Integration
- Schulungen für Sprachhelfer im Hinblick auf Nutzung von Lehrmaterial im Kreismedienzentrum für Deutsch als Zweitsprache



6.2.3. Beteiligte – Wer

Bürger/innen, Kulturvereine, Stadtverwaltung und VHS müssen Angebote erproben und sich gemeinsam engagieren.

Ein erster Schritt war im Herbst 2019 eine mehrmonatige, niederschwellige Vorbereitung für Frauen auf den Integrationskurs seitens der AWO. Dies soll ab Herbst 2020 wiederholt werden.

6.3. Begegnung – Austausch – Miteinander

6.3.1. Ziele – WAS

Integration und Gemeinsamkeit leben vom Miteinander, vom Kennenlernen, vom Austausch und der Begegnung. Die Bürger/innen wünschen sich daher noch mehr Orte und Gelegenheiten der Begegnung.

6.3.2. Maßnahmen – WIE

In den Workshops haben die Teilnehmer/innen bereits zwei konkrete Projektmöglichkeiten für Orte der Begegnung erarbeitet. Zum einen handelt es sich um eine „Festmeile Internationale Teigtaschen“ zum anderen um einen „Interkulturellen Garten“. Beide Handlungsanregungen als Orte des gemeinsamen Miteinanders können in bürgerschaftlichem Engagement mit Hilfe der Agendagruppe „Netzwerk Verständigung“ als Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht werden.

Für die Themen Begegnung, Austausch und Treffpunkte kommt daneben eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Umsetzung in Betracht. Die Anregungen reichten von Bürger-Begegnungscafés zu gemeinsamen Festen. Diese Aktivitäten können ebenfalls im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement mit Unterstützung der Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement zum Leben erweckt werden.



Wichtig sind allerdings auch Plattformen zum Austausch und als Sprachrohr für Belange von Zugewanderten. Wir empfehlen daher folgende Maßnahmen:

- Beteiligung im Interkulturellen Forum
- Forum kann Sprachrohr zur Stadtverwaltung und zu anderen Gremien sein.
- Mitteilung von Veranstaltung der Kulturvereine zur Veröffentlichung auf verschiedenen städtischen Homepage-Seiten (Stadt Giengen, Connect You)
- Forum der Connect You Seite zum Austausch und für gemeinsame Aktivitäten nutzen.
- Bekanntmachung von Aktivitäten der Kulturvereine über soziale Medien
- Öffnung von Veranstaltungen der Kulturvereine für möglichst alle Interessierten
- Interkulturelles Forum an verschiedenen Orten veranstalten (Vereine).
- Teilnahme an städtischen Veranstaltungen durch Kulturvereine und Zugewanderte (Seniorenfeier, Bürgerempfang etc.) fördern.
- Teilnahme am Vereinsgeschehen außerhalb der Kulturvereine, Sport, soziale Bereiche
- stadtübergreifender Tag der Vereine, Präsentation an einem Ort oder gemeinsame Tage der offenen Tür zum Kennenlernen

6.3.3. Beteiligte –WER

Beteiligte sind:

- Stadtverwaltung als Unterstützung,
- bürgerschaftlich Engagierte,
- Bürger/innen,
- Kulturvereine,
- andere Vereine.



7. Gemeinsam handeln

Gemeinsam haben wir festgelegt, was uns in Giengen wichtig ist – jetzt gilt es, gemeinsam zu handeln. Die positiven Rückmeldungen und die konstruktive Stimmung im Miteinander ermutigen uns. Der Anfang ist gemacht. Der Weg liegt vor uns. Gemeinsame Ziele und Begegnungen sind in Aussicht.

In Giengen gemeinsam leben! – Wir sagen „Ja“ zueinander!

8. Quellen

Wir haben das Rad nicht neu erfunden – viele Anregungen und Ideen ergaben sich aus dem Austausch mit anderen Kommunen und unseren Netzwerken. So sind wir auch bei der Erstellung des Leitfadens vorgegangen. Wir lernen von Best-Practice-Beispielen und erprobten Maßnahmen. Ferner wurden folgende Quellen als Anregung genutzt:

- Integrationskonzept Schwäbisch Hall,
- Integrationskonzept Coburg,
- Materialien und Publikation BAMF und Städtetag.

